



grün®
Keiner wie wir.

BILANZ DER FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2009 -2014

Unsere Themen

[Stadtentwicklung](#)

[Bürgerbeteiligung](#)

[Finanzen](#)

[Verkehr](#)

[Umwelt/Klimaschutz/Energiewende](#)

[Schule und Bildung](#)

[Soziales](#)

[Kinder/Jugend](#)

[Gleichstellungspolitik](#)

[Kultur](#)

[Integration](#)

[Sport](#)

[Sicherheit und Ordnung](#)



Stadtentwicklung

In welcher Stadt möchten wir leben und wie? Mit dieser Fragestellung wurden einige große Themen in dieser Stadt kritisch diskutiert. Wir GRÜNE haben z.B. die Erweiterung der City im geplanten Ausmaß von Anfang an kritisiert und uns dafür eingesetzt, den Platz am Kolk als Stadtplatz zu gestalten und eine Erweiterung der City-Arkaden nur behutsam zuzulassen (z.B. im Gebäude der Telekom). Der Einzelhandel spielt auch bei der Ansiedlung von IKEA eine wichtige Rolle. Wir möchten einen Möbelmarkt, aber kein neues Einkaufszentrum auf der grünen Wiese. Vielleicht bewegt sich ja jetzt etwas und IKEA wird als Möbelmarkt kommen. Das ist gut für die Zentren in Barmen und auch Elberfeld. Wichtig ist und bleibt für uns der Umbau des Döppersbergs zu einem attraktiven Eingangstor für die Stadt mit einem deutlich verbesserten Angebot für Bus und (Schwebe-)bahn. Bei den Gewerbeflächen sehen wir gute Entwicklungen auf dem VohRang-Gelände, forderten aber immer wieder die Entwicklung von Gewerbebrachen und auch von kleineren Flächen. Wie es nicht funktioniert zeigt z.B. die Gewerbebrache an der Hastener Straße – dort wird seit über zehn Jahren mit einem Unternehmen verhandelt. Das 3,6 Hektar große Gelände steht schon seit 1999 für eine Entwicklung zur Verfügung, konkrete Ergebnisse blieben bisher aus.

Bürgerbeteiligung

Die Rathausmehrheit aus CDU und SPD sowie die Stadtspitze bemühen sich, den Eindruck zu erwecken, als gäbe es in Wuppertal mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, als es tatsächlich der Fall ist. Eine Analyse der bisherigen Beteiligungsverfahren, die in den letzten zwei Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind, zeigt jedoch, dass die nachhaltige Wirkung der Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern auf die politischen Entscheidungen gleich null waren. Weder bei der Beteiligung zum Bürgerhaushalt noch bei der Einbeziehung der Öffentlichkeit beim Marketingprojekt Wuppertal 2025 wurden die Ideen ernsthaft beraten und zur Verbesserung der Beschlüsse einbezogen.

Wir haben daher gefordert, dass die bisherigen Projekte ausführlich ausgewertet werden sollen und anschließend auf Grundlage dieser Ergebnisse ein Leitfadens zu entwickeln ist, wie Bürgerbeteiligung in Wuppertal zukünftig dauerhaft und wirksam bei wichtigen Projekten durchgeführt werden kann.

Entscheidend hierbei ist für uns eine intensive Einbeziehung der Öffentlichkeit schon bei der Entwicklung dieses Leitfadens.

Finanzen und Beteiligungsteuerung

Zu Beginn der Legislaturperiode hatte Wuppertal keinen finanziellen Spielraum mehr. Das Haushaltsloch lag bei 200 Mio. Euro. Durch den Stärkungspakt der rot-grünen Landesregierung bekam Wuppertal eine jährliche Unterstützung von 71 bzw. 60 Mio. Euro. Durch eigene Sparmaßnahmen konnte das Haushaltsloch in 2013 auf 38 Mio. Euro reduziert werden. 2017 soll der Haushaltsausgleich geschafft werden.

Wuppertal ist noch nicht der Schuldenfalle entkommen. Wir haben aufmerksam die Berichte zum Finanzcontrolling im Finanzausschuss verfolgt. Eine Schlüsselzahl ist die Gewerbesteuer. In 2013 sollten 195 Mio. Euro eingenommen werden. Real waren es 2,5 Mio. Euro weniger. Für die nächsten Jahre hat der Kämmerer Dr. Slawig weitere Steigerungen eingeplant. Niemand kann die Zukunft vorhersagen, aber wenn eine Wirtschaftskrise mit einbrechenden Gewerbesteuererträgen eintritt, wird das Kartenhaus der Haushaltskonsolidierung zusammenbrechen.

Weitere Risiken bestehen bei der GWG, der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft. Nur mit einer waghalsigen Transaktion bei Beendigung eines Leasinggeschäftes konnte die GWG mit frischem Kapital versorgt werden.

Verkehr

Ein Aufreger waren die Kürzungen bei Bus und Bahn durch die Wuppertaler Stadtwerke zum Fahrplanwechsel im März 2013. Für GRÜNE der absolut falsche Weg! Wir forderten ein zukunftsfähiges Mobilitätskonzept, das den Umweltverbund (ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr) stärkt, das ist im Sinne einer klimafreundlichen und nachhaltigen Stadtentwicklung unabdingbar. Dafür muss sich auch die Elektromobilität weiterentwickeln, nicht nur im PKW-Bereich, sondern auch im Radverkehr mit Nutzung von Pedelecs und E-Bikes. Bei dem geplanten Ausbau der L419 setzen wir auf eine kleine Lösung auf der vorhandenen Fläche und nicht auf einen autobahnähnlichen Ausbau, der noch mehr Verkehr anzieht mit mehr Lärm, Abgasen und Zerschneidung Ronsdorfs. Dank der Nordbahntrasse wird Wuppertal nun Fahrradstadt und verändert ganz langsam sein Verkehrsgesicht. Wir radeln mit und unterstützen den Radverkehr bei jeder Gelegenheit! Der Umbau des Döppersberg ist für GRÜNE immer noch **das** zentrale Städtebauprojekt mit einer lange überfälligen Verbesserung der Verkehrssituation am Busbahnhof, besonders für die Nutzerinnen und Nutzer von Bus und Bahn. Daher sind wir für den Ausbau, auch wenn die Mehrkosten schmerzen. Eine zeitliche Unterbrechung der B7 ist für uns das kleinere Übel, damit die Umgestaltung des Döppersberg zügig und ohne weitere Mehrkosten vorangehen kann. Eine gute Chance, 'mal das Auto stehen zu lassen und über den Dingen zu schweben.

Umwelt/Klimaschutz/Energiewende

Das einschneidendste Ereignis der letzten Ratsperiode fand 2011 tausende Kilometer entfernt im japanischen Fukushima statt, hatte aber auch bei uns große Auswirkungen. Zwei Monate nach dem atomaren Unglück stellte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag „Wuppertal steigt aus und schaltet um!“ und forderte den sofortigen Verzicht auf Atomstrom innerhalb des Konzerns Stadt und den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien als Voraussetzung für erfolgreichen Klimaschutz. Wir lehnten eine Beteiligung der Wuppertaler Stadtwerke am Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven ab und forderten eine „100% erneuerbare Energieregion Bergisches Land“. Auf unsere Initiative hin fanden 2011 und 2012 zwei Kongresse zur Energiewende auf dem Uni-Campus statt. Klimaschutz ist nicht nur der Motor für die Energiewende, er muss auch eine immer stärkere Rolle im Alltagsleben spielen. So warben wir in der Reihe „Faires Frühstück“ in der City Kirche Elberfeld für den Konsum von fairen, biologischen und regionalen Lebensmitteln und formulierten zum wiederholten Mal die Forderung nach dem Verbrauch von 100% Recyclingpapier in Stadtverwaltung und Schulen. 2013 wurde das Ziel immerhin mit 91% fast erreicht. Zudem setzten wir uns intensiv für mehr Flächenschutz ein, wie seit Jahren für den Erhalt der Kleinen Höhe und kämpften gegen die ausufernde Bebauung von Grünflächen am Stadtrand.

Seit 2011 leben Anwohner*innen in Oberbarmen mit einem Asphaltmischwerk in ihrer Nachbarschaft, das jede Menge Lärm- und Luftbelastungen verursacht. Wir haben uns dafür eingesetzt, die Belastungen zu verringern, doch trotz Erhöhung des Schornsteines um 10 Meter stinkt es immer noch. Rein rechtlich ist das Asphaltmischwerk genehmigungsfähig, den Anwohner*innen jedoch kaum zuzumuten. Nicht nur die Luftbelastungen sind das Problem, denn immer mehr Wuppertalerinnen und Wuppertaler kämpfen gegen den Lärm an verkehrsreichen Straßen und am Schienennetz. Ein Lärmaktionsplan, der einer europäischen Richtlinie folgt, wurde 2013 zwar aufgestellt, allerdings können aus Kostengründen nur wenige Maßnahmen wie z.B. Fahrbahnsanierungen durchgeführt werden. Darüber hinaus wird bei einigen Straßen eine Geschwindigkeitsreduzierung (z.B. Tempo 30) geprüft. Wir GRÜNE regten auch Tempo 80 auf der A 46 an.

Schule und Bildung

Schwerpunkt der GRÜNEN Schulpolitik in den zurückliegenden fünf Jahren war die Sanierung der Schulen und damit verbunden der Umbau für den Ganztagsbetrieb (dessen weiteren Ausbau um 1.000 neue Plätze in den nächsten fünf Jahren wir angestoßen haben) und die Steigerung der Energieeffizienz. Hier wurden mit GRÜNER Unterstützung große Erfolge erzielt, zum Beispiel bei der 36 Mio. Euro teuren Sanierung des Schulzentrums Ost, wo zukünftig nur noch 1/3 der bis dahin aufgebrauchten Energie benötigt wird.

Außerdem stand der Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens im Mittelpunkt unseres politischen Engagements. Mit der (mühsamen) Entscheidung zur Errichtung der sechsten Gesamtschule ist ein weiterer wichtiger Schritt unternommen worden, der aber noch lange nicht das Ende bedeuten darf, da der Überhang bei der Nachfrage nach Gesamtschulplätzen noch immer viel zu hoch ist.

Die befristete Fortführung der Schulsozialarbeit bis Ende 2014 wurde auch von uns mit initiiert und in einem fraktionsübergreifenden Ratsantrag unterstützt. Nun muss es darum gehen, dass Bund und Land sich auf eine dauerhafte Finanzierung einigen, damit dieses unverzichtbare Angebot erhalten bleiben kann.

Soziales

Im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit haben wir in der vergangenen Ratsperiode einige Themen angesprochen, die noch häufig als Tabuthemen gelten. Durch unsere Anfragen und Anträge haben wir sie öffentlich gemacht. Dazu gehört z.B. die psychiatrische Versorgung, die in Wuppertal längst nicht ausreichend ist – vor allem wenn es um niedrigschwellige Angebote geht. Armut im Alter ist oft eine versteckte Armut, weil der Anspruch auf Sozialleistungen entweder nicht bekannt ist oder diese aus Scham nicht angenommen werden. Wir hoffen, dass die Verwaltung uns demnächst auch einen Bericht zur Kinderarmut vorlegt. Beim Thema Suchtprophylaxe gilt es weiter dicke Bretter zu bohren, denn zu oft scheitern gute Konzepte an fehlenden Finanzen und personellen Ressourcen. Darüber hinaus haben wir uns mit der Versorgung der älteren Menschen beschäftigt, denn der Pflegenotstand ist in Teilen schon heute spürbar. Und da immer mehr Ältere in ihren Wohnungen bleiben wollen, gilt es auch Strukturen dafür zu schaffen und einer Vereinsamung der alten Menschen entgegenzuwirken. Über europäische Förderprogramme könnte eine solche Quartiersentwicklung voran getrieben werden.

Die UN-Behindertenrechtskonvention muss auch in Wuppertal umgesetzt werden, denn sie trat 2009 in Deutschland in Kraft. Im Februar 2011 gab es deshalb auf GRÜNE Initiative hin einen gemeinsamen Antrag mit CDU und SPD, der den Wunsch des Beirats der Menschen mit Behinderung aufnahm, ein entsprechendes Handlungskonzept für Wuppertal zu erstellen. Im September 2013 wurde dann endlich von der Verwaltung ein Konzept für die Bereiche Erziehung und Bildung vorgelegt. Doch das Konzept muss weiter entwickelt, auf alle Lebensbereiche ausgedehnt und kontinuierlich fortgeschrieben werden. Das forderten wir mit unserem Antrag „Es ist normal verschieden zu sein – Wuppertal wird inklusiv“.

Mit einem sogenannten „Age-Explorer“ (Anzug, Helm und Handschuhe), der Gehen, Gehör und Sehvermögen einschränkt, haben zwei GRÜNE Ratsfrauen zusammen mit Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und der WSW den ÖPNV und die Innenstadt erkundet.

Ziel der Exkursion war, die Stadtverwaltung und Stadtwerke für die Bedürfnisse der älter werdenden Bevölkerung in Wuppertal zu sensibilisieren. Erstes Fazit des Experimentes: die Fahrpläne der WSW sind seitdem besser lesbar.

Kinder + Jugend

GRÜNE Arbeit im Jugendhilfeausschuss war in den letzten fünf Jahren immer wieder von den fehlenden finanziellen Mitteln in Wuppertal geprägt. So bestimmt der Mangel an öffentlichen

Geldern im Bereich der Jugendhilfe die Lebenswelt vieler Wuppertaler*innen in vielen Bereichen. Die von CDU/SPD getragenen Haushalte der letzten Jahre haben nicht zu einer deutlichen Verbesserung geführt. Noch immer hat Wuppertal bei der Ausstattung mit U3-Betreuungsplätzen in NRW die „Rote Laterne“. Dies beeinflusst nicht nur die Möglichkeit der Teilnahme von Eltern am Arbeitsmarkt, sondern auch deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Es fehlt ihnen schlicht und einfach das Geld. Zudem steht dadurch vielen Kindern erst später ein KiTa-Platz als „Erste Bildungseinrichtung“ zur Verfügung. Ein weiterer Tiefpunkt in der Jugendhilfepolitik der letzten Jahre war der Beschluss der großen Kooperation über den Verkauf von Spielplatzplanungsf lächen. Trotz der Erkenntnis, dass in Wuppertal definitiv Spielflächen fehlen, werden nun an vielen Stellen Spielgeräte ersatzlos abgebaut und Planungsf lächen für Spielplätze verkauft. Öffentlicher Raum für Kinder geht somit verloren. Ein gutes Zeichen für die Zusammenarbeit im Jugendhilfeausschuss war die fraktionsübergreifende Weiterentwicklung der Rechte des Jugendrates, der in der nächsten Wahlperiode ein eigenes Antragsrecht im Jugendhilfeausschuss erhalten soll.

Gleichstellungspolitik

In den vergangenen 5 Jahren waren die GRÜNEN die maßgeblichen Initiatorinnen der Wuppertaler Gleichstellungspolitik. Keine andere Partei war auf Veranstaltungen zur Frauenförderung so präsent wie wir und kaum eine andere Fraktion hat im Rat der Stadt und im Gleichstellungsausschuss mehr gleichstellungspolitische Anträge eingebracht. Aus diesem Grund kann hier nur ein Ausschnitt der Frauenpolitik dargestellt werden.

Jedes Jahr im März findet bundesweit der Equal Pay Day statt, der Tag des Jahres, der markiert, dass Frauen bei gleicher Qualifikation immer noch rund 23% weniger verdienen als Männer. Jedes Jahr haben die GRÜNEN sich an Aktionen beteiligt und dabei ein Ende der Lohndiskriminierung gefordert. 2013 stand der Equal Pay Day unter dem Motto: „Lohnfindung in Gesundheitsberufen“, weswegen wir vor der St. Anna Klinik in roten Taschen Info-Material verteilt haben, um auf die Ungleichheiten aufmerksam zu machen.

2011 haben die GRÜNEN einen gemeinsamen Antrag zur „Charta der Vielfalt“ in Wuppertal initiiert. Die „Charta der Vielfalt“ ist eine Initiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen. Wesentlich ist ein grundlegendes Bekenntnis zur Fairness und Wertschätzung von Menschen in Unternehmen. Dem Aufruf der GRÜNEN sind alle anderen Fraktionen gefolgt und haben einen gemeinsamen Beschluss auf Beitritt zur Charta der Vielfalt gefasst. Durch die Unterzeichnung verpflichtet sich die Stadt Wuppertal, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen und Ausgrenzungen ist.

Nähere Informationen können Sie unter www.charta-der-vielfalt.de sehen.

Die GRÜNE Fraktion ist die einzige in Wuppertal, die ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis hat. Bei allen anderen Parteien und Fraktionen wird die Politik mehrheitlich von Männern gestaltet. Von 20 Aufsichtsgremien in Wuppertal werden nur 2 von Frauen geleitet. Um die Repräsentanz von Frauen in der Wuppertaler Politik zu steigern, haben die GRÜNEN im Februar 2014 einen entsprechenden Antrag für den Stadtrat gestellt, der leider abgelehnt wurde.

Kultur

Um die mit sehr knappen Haushaltsmitteln bedachte Freie Kulturszene zu unterstützen und sich einen Einblick in die Arbeit der Kulturveranstalter*innen zu machen, ist der Kulturarbeitskreis der GRÜNEN Ratsfraktion in den letzten Jahren viel gereist. Von der Bandfabrik in Langerfeld bis zum Bürgerbahnhof in Vohwinkel wurden viele wichtige Veranstaltungsräume und Auftrittsorte besucht und informative Gespräche mit den kulturschaffenden Künstler*innen und Vorständen von Fördervereinen geführt. Dabei wurde schnell deutlich, dass sich viele ehrenamtlich geleitete Veranstaltungshäuser finanziell am äußersten Limit bewegen. Aus diesem Grund hat die GRÜNE Ratsfraktion bei den Haushaltsberatungen den Antrag gestellt, 80.000 Euro, die früher einmal für das Forum Rex zur Verfügung standen, in voller Höhe der Kulturförderung für die Jahre 2014 bis

2015 zuzuschlagen. Bedauerlicherweise konnten sich CDU und SPD nicht entschließen, unseren Antrag zu unterstützen.

Einst eröffnete Heinrich Böll unser Schauspielhaus mit seiner Rede „Zur Freiheit der Kunst“. Der GRÜNE Vorschlag, dass der Rat der Stadt sich zum Schauspielhaus als Ort eines 3-Sparten-Theater in öffentlicher Trägerschaft bekennt, hat die Mehrheit von CDU und SPD in dieser Legislaturperiode abgelehnt. Die Freude über die nun entstehende kleine Spielstätte lässt unsere Sorge über die Zukunft des Schauspielhauses nicht geringer werden.

Neben dem Verlust des Schauspielhauses mussten wir auch die Schließung des Fuhlrott-Museums zähneknirschend hinnehmen. Jahrelang hatte die Stadtspitze das Ziel verfolgt, das Museum zu schließen und die Rücknahme der verliehenen Sammlungen und Exponate derart zu erschweren, dass eine Wiedereröffnung des Museums unmöglich wurde. Der größte Teil der Sammlungen des Fuhlrott-Museums geht nun in gute Hände anderer Museen über. In einem zweijährigen Prozess hatte sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in fraktionsübergreifenden Gesprächsrunden in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Fuhlrott-Museum und dem Naturwissenschaftlichen Verein für den Erhalt des Fuhlrott-Museums eingesetzt, auch unter Einbeziehung des Landschaftsverbandes Rheinland. Der Kompromiss, der letztendlich erzielt wurde, ist die Schaffung eines naturwissenschaftlichen Begegnungs- und Kompetenzzentrums „Carl Fuhlrott“, in dem auch Wechselausstellungen und naturwissenschaftliche Vorträge stattfinden können. Ein solcher Ort soll nun innerhalb des Projektes „Grüner Zoo“ realisiert werden.

Integration

Der Integrationsausschuss hat sich in den vergangenen fünf Jahren mit einer Vielfalt von Themen beschäftigt. Regelmäßig wurde über den Stand der Integrationsbemühungen berichtet, denn Wuppertal gewinnt durch Zuwanderung und Integration.

Auch der herkunftssprachliche Unterricht wurde diskutiert und die Pläne, einen muslimischer Friedhof anzulegen. Der Ausschuss diskutierte darüber hinaus über die Pläne zum Neubau eines islamischen Gemeindezentrums. Die Unterzeichnung der Charta der Vielfalt wurde von den GRÜNEN beantragt, 2011 hat die Stadt sie unterzeichnet. Damit macht die Stadt es sich zur Aufgabe, Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Vielfalt zu fördern und ein Umfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen und Ausgrenzungen ist. Dafür könnte die Stadt noch mehr tun, wir bleiben am Ball. Im Oktober 2012 beschloss der Integrationsausschuss einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen gegen die rechtsextremistische Demonstration am 27.10.2012. Mit sehr großer Mehrheit hat der Ausschuss auf Initiative der GRÜNEN für den Erhalt der Mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus eingesetzt.

Mit der Wahl am 25.05.2014 ist der Integrationsausschuss Geschichte, denn an dem Tag werden 15 Vertreter*innen direkt in den Integrationsrat gewählt und später 10 Stadtverordnete vom Rat entsandt.

Sport

2011 beschloss die Ratsmehrheit die Schließung die Hallenbäder Ronsdorf und Vohwinkel sowie der Freibäder Mirke, Eckbusch und Vohwinkel. Mit Blick auf die finanzielle Schieflage der Stadt und der seit Jahren bekannten Personalknappheit im Bäderbereich hätte die Stadt lange vor den geplanten Schließungen auf die Förder- und Bürgervereine zugehen und mit ihnen zusammen langfristig tragbare Lösungen erarbeiten können und z.B. Schulschwimmen und Vereinszeiten ohne städtisches Personal durchführen können. Wir GRÜNE haben gefordert, dass die Kostensituation transparent und langfristig dargestellt wird, damit die neuen Betreiber Planungssicherheit haben. Aber Stadtspitze und Ratsmehrheit handeln gegenüber den Förder- und Bürgervereinen nach dem Motto: gehen sie jetzt mal schön schwimmen und dann schauen wir mal.

Ein weiteres GRÜNES Thema ist das Fanprojekt Wuppertal. Es arbeitet unabhängig vom WSV und engagiert sich für die Belange der jugendlichen Fußballfans in Wuppertal. Hauptaufgabe ist die Sozialarbeit, aber auch Begleitung der Fans bei Heim- und Auswärtsspielen des WSV und

Freizeitangebote. Zusammen mit der GRÜNEN Ratsfraktion, Josefine Paul (MdL) und dem Fachbereich Jugend & Freizeit des Jugendamtes wurden viele Gespräche geführt, um Lösungen für die kommunale Finanzierung zu finden. So konnten Fördergelder vom Land NRW und dem DFB für eine tragfähige Lösung gesichert werden.

Schutz, Ordnung, Sauberkeit

Im Ausschuss für Ordnung, Schutz und Sauberkeit waren wir mit einer breiten Fülle an Themen beschäftigt. Im Bereich der Feuerwehren geht es immer wieder um die Zusammenarbeit der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehren (FF). Insbesondere galt es, die technische Ausstattung der FF auf einem einsatzfähigen Niveau zu halten. Dies ist auch für die kommenden Jahre ein wichtiges Thema. Die Unterstützung ehrenamtlich arbeitender Wuppertaler*innen ist uns GRÜNEN sehr wichtig. Im Bereich des Tierschutzes scheint uns dies nicht so gelungen zu sein. Das Tierheim Wuppertal ist nicht mehr für die Betreuung von Fundtieren zuständig, nun arbeitet die Verwaltung mit dem Tierheim Remscheid zusammen. Wir bedauern dies, Grundlage waren auch hier finanzielle Gründe. Straßenreinigung und Winterdienst waren weitere Schwerpunkte der Ausschussarbeit. Hier ist insbesondere die Reform des Winterdienstes zu benennen, die im Winter 2012/13 zu einer deutlichen Verbesserung der Lage auf Gehwegen und Straßen führte.